

Niederschrift

über die XVI/9. Sitzung vom **Ausschuss für Zukunft, Umwelt, Mobilität und Tourismus am 08.06.2022** im Aula des Schulzentrums Cyriax, Pérenchiesstraße (öffentliche Sitzung)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

Anwesend waren:

Mitglieder CDU

Gerd Baumeister	sachkundiger Bürger	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
Hans-Peter Bolz	Ausschussmitglied	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
Johannes Deppe	sachkundiger Bürger	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
Oliver Hahn	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
Sebastian Heib	Ausschussmitglied	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
Werner Zeyen	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr

Mitglieder Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Gerhard Bartel	Ausschussmitglied	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
Dagmar Keller-Bartel	Ausschussvorsitzende	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
Eric Jens Renneberg	Ausschussmitglied	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
Ulrike Beate Sandmann	Ausschussmitglied	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr

Mitglieder SPD

Manfred Meiger	Ausschussmitglied	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
----------------	-------------------	-------------------------

Felix Rocholl	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
---------------	--------------	-------------------------

Hans Schlömer	Ausschussmitglied	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
---------------	-------------------	-------------------------

Mitglieder FDP

Hermann Küssen	Ratsmitglied	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
----------------	--------------	-------------------------

Von der Verwaltung

Nicole Mirgeler	Verwaltungsangestellte	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
-----------------	------------------------	-------------------------

Hans Herbert Müller	Leiter Amt für Ordnung und Soziales	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
---------------------	--	-------------------------

Thorsten Steinwartz	Beigeordneter	17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
---------------------	---------------	-------------------------

A 1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Fr. Keller-Bartel begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Mitglieder form- und fristgerecht eingeladen wurden und eröffnet die Sitzung.

Hr. Steinwartz schlägt vor, dass TOP 9 und TOP 4 gemeinsam behandelt werden. Der Ausschuss stimmt dem zu.

A 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

Die Ausschussvorsitzende Fr. Keller-Bartel lässt über die Niederschrift zum öffentlichen Teil zur Ausschusssitzung vom 07.04.2022 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

A 3. Strategische Entwicklungsplanung Overath 2040 - Beschluss über Konzept XVI/596

Fr. Mirgeler stellt die Strategische Entwicklungsplanung 2040 vor und erklärt, dass damit die übergeordnete Ebene stärker in den Blick genommen werden soll und eine Grundlage für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes bildet. Unterstützt wurde dieser knapp einjährige Prozess von NRW.Urban. Sie erläutert, dass das Herzstück der Entwicklungsplanung der Strategiecheck mit Leitthesen und –ziele sowie die Qualitätsmatrizen für die vier Label-bereiche Kultur/Bildung, Wirtschaft/Klima, Wohnen/Leben und Natur/Mobilität ist. Fr. Mirgeler erläutert beispielhaft, wie eine Integration dieser Instrumente in den politischen Entscheidungsprozess möglich wäre und informiert darüber, dass die Strategische Entwicklungsplanung 2040 dem Rat am 22.6.2022 zum Beschluss vorgelegt wird.

Auf Anfrage von Fr. Sandmann, erklärt Fr. Mirgeler, dass die Evaluation durch die beteiligten Ämter nach einem Jahr erfolgen soll.

Hr. Schlömer erklärt für seine Fraktion, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten wird. Er kritisiert die minimale Bürgerbeteiligung im Vergleich zum Leitbildprozess.

Hr. Renneberg regt an, dass für die Bürgerwerkstätten ein zwingender Strategiecheck durch einen Zusatz „ggf.“ ergänzt wird.

Hr. Küsgen würdigt die Arbeit und erklärt für die FDP-Fraktion seine Zustimmung. Positiv bewertet er die Idee, dass nach einem Jahr eine Evaluation durchgeführt wird. Die neuen Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger sollten seiner Ansicht nach offensiv nach außen kommuniziert werden.

Hr. Meiger schlägt vor, den neu entwickelten Instrumentenkasten bereits jetzt einmal exemplarisch anzuwenden.

Hr. Schlömer fragt, ob bei der Beurteilung z. B. eines Projektes auf der grünen Wiese nur ein Label herangezogen wird.

Hr. Steinwartz erklärt, dass bei bestimmten Maßnahmen mehrere Labels bei der Beurteilung einbezogen werden, weil die Anwendung nur eines Labels den Beurteilungsraum zu eng fassen würde. Er begrüßt ebenfalls eine Evaluation, um die

Anwendbarkeit in Politik und Verwaltung zu prüfen.

Hr. Steinwartz erklärt, dass eine Beurteilung von einzelnen Projekten anhand der Matrizen erfolgen soll und die Matrizen auf Basis der strategischen Ziele entwickelt wurden.

Fr. Ausschussvorsitzende Keller-Bartel lässt über den folgenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen: Der Rat beschließt die Strategische Entwicklungsplanung Overath 2040 inkl. Anlagen und der Ergänzung zur Matrix der Bürgerwerkstatt den Passus „ggf. Strategiecheck durchzuführen“ aufzunehmen und beauftragt die Verwaltung mit der Implementierung in den Arbeitsalltag.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 3

A 4. Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln: Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Stellen nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPIG NRW

XVI/597

A 9. Antrag der CDU Fraktion: Stellungnahme zum Regionalplanentwurf hier: Deponie Lüderich

XVI/594

Fr. Mirgeler stellt die Stellungnahme der Stadt zur Neuaufstellung des Regionalplans im Rahmen des o. g. Beteiligungsverfahrens für die Bereiche Siedlungsraum und Infrastruktur differenziert nach einzelnen Stadtteilen vor.

Hr. Deppe fragt zum aktuellen Sachstand der Flächenplanungen in Vilkerath, Ortausgang Hohkeppel, nach. Fr. Mirgeler erklärt, dass diese im Rahmen der Prozessreihe „Region+Wohnen“ als Siedlungsfläche eingereicht wurden, um mögliche Siedlungsreserven in Vilkerath zu entwickeln,

Fr. Mirgeler führt aus, dass die Deponie Lüderich zunächst zeichnerisch nicht dargestellt war und jetzt im Regionalplanentwurf als Deponie in Stilllegungsphase dargestellt ist. Seitens der Stadt wird vorgeschlagen auf eine zeichnerische Festlegung zu verzichten.

Fr. Mirgeler erklärt, dass die Verwaltung vorschlägt, sich mit den vorgestellten Stellungnahmen, die auch bei der Klausurtagung so besprochen wurden, an der Offenlage zum Regionalplanentwurf zu beteiligen.

Fr. Ausschussvorsitzende Keller-Bartel erklärt für ihre Fraktion, dass noch Diskussionsbedarf besteht und auf eine Abstimmung in diesem Ausschuss verzichtet werden sollte.

Hr. Hahn unterstützt den Vorschlag, auf eine zeichnerische Festlegung der Deponie zu verzichten und im textlichen Teil darauf hinzuweisen, dass es sich um eine Deponie handelt, die sich in der Stilllegungsphase befindet und rekultiviert wird.

Hr. Bartel merkt bezugnehmend auf die Stellungnahmen der Verwaltung zum Regionalplan-entwurf beispielhaft für den Bereich Weißenstein an, dass dieses Gebiet laut regionaler Klimawandelvorsorgestrategie ein Kaltluft- und Flusseinzugsgebiet mit hohem Sturzflut-gefährdungspotenzial ist. Er erklärt, dass aus diesem Grund der

Regionalplanentwurf nicht geändert und auf eine Ausweisung als allgemeiner Siedlungsbereich verzichtet werden sollte.

Fr. Ausschussvorsitzende Keller-Bartel fragt nach der Ausweisung von Flächen für erneuerbare Energien im Regionalplanentwurf. Fr. Mirgeler und Hr. Steinwartz erklären, dass im Regionalplanentwurf eine räumliche Festlegung für Freiflächensolaranlagen erfolgt, wenn sie größer als 10 Hektar sind. Im Entwurf erfolgt keine räumliche Festlegung für Wind- und Bioenergie. Die Festlegung von Flächen liegt im Aufgabenbereich der kommunalen Bauleitplanung und wäre bei der Ausarbeitung des FNP zu beachten.

Fr. Sandmann schlägt eine Aktualisierung der Potenzialanalyse für erneuerbare Energien vor, weil die letzte Analyse aus dem Jahre 2012 stammt. Hr. Steinwartz erklärt, dass die Kosten von der Kommune übernommen werden müssten. Er ergänzt, dass die Kosten durch eine gemeinsame Ausschreibung mit weiteren Kommunen ggf. geteilt werden könnten.

Fr. Ausschussvorsitzende Keller-Bartel stellt für den Ausschuss noch Beratungsbedarf fest und verzichtet auf eine Abstimmung.

A 5. Antrag SPD-Fraktion: Umsetzung erster Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept XVI/127 - 2

Hr. Meiger lobt die umfangreiche Stellungnahme der Stadt zum Antrag. Bezugnehmend auf die Anmerkungen von Hr. Meiger erläutert Hr. Müller die aktuelle Ausschilderungs- und Nutzungssituation des Radverkehrs in diesem Bereich. Demnach handelt sich bei der Wegeführung entlang der Bahnlinie nur um einen Gehweg, weil in Tempo-30-Zonen benutzungspflichtige Radwege nicht angeordnet werden können und aus diesem Grund der Radweg aufgehoben wurde. Der Gehweg kann von Radfahrern weiterhin genutzt werden, sofern die Nutzung der Straße als unsicher empfunden wird. Abschließend schlägt Hr. Müller ggf. eine gemeinsame Besichtigung zur weiteren Klärung vor.

Hr. Meiger schlägt für den Bahnhofsvorplatz vor, diesen für den Radverkehr zu öffnen, um eine sichere Verbindung von St. Walburga zum Busbahnhof und nach Vilkerath zu ermöglichen. Hr. Müller begrüßt grundsätzlich die Schaffung eines sicheren Radweges abseits der Hauptstraße. Er weist aber darauf hin, dass die Öffnung des Bahnhofsvorplatzes für den Radverkehr zu problematischen Nutzungskonflikten mit Fußgängern führt. Er schlägt deshalb vor, dass im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes Lösungen für diesen Bereich gesucht werden.

Hr. Meiger regt für den Steinhofplatz eine gleichberechtigte Nutzungsmöglichkeit für das Auto und den Radverkehr an, damit beide Nutzergruppen die Einkaufsmöglichkeiten nutzen können. Hr. Müller sieht auch hier ein Handlungsfeld des integrierten Handlungskonzeptes.

Aus seiner Sicht wäre zum derzeitigen Zeitpunkt eine Fahrrad-Wegweisung für den Platz nicht sinnvoll, weil dadurch dem Radfahrer eine sichere Nutzung suggeriert wird.

Fr. Mirgeler ergänzt, dass derzeit der Auftrag zum Wettbewerbsmanagement von ihr vorbereitet wird, der das Ziel hat, einen städtebaulichen Realisierungswettbewerb durchzuführen, der diese Punkte für das ganze Areal berücksichtigt. Ziel ist es, dass mit dem Wettbewerbsverfahren nach den Sommerferien gestartet wird.

Auf Anfrage von Hr. Meiger, erklärt Hr. Müller, dass es in Overath keine einheitliche Farbgebung für Fahrradwege gibt.

Keine Abstimmung.

**A 6. Stellplatzsatzung Stadt Overath
XVI/230 - 2**

Hr. Bartel schlägt vor, auf eine Abstimmung zu verzichten, weil noch weiterer Beratungsbedarf bestehe. Dies liegt auch daran, dass eine Stellplatzsatzung eine strategische Dimension aufweist und verschiedene Sichtweisen und zukünftige Entwicklungen berücksichtigen muss. Er schlägt vor, dass mit Hilfe eines Mobilitätskonzeptes Alternativen und Anreizmöglichkeiten für eine Verringerung des Autoverkehrs ausgearbeitet werden.

Auch sollte weiter geklärt werden, ob die Stellplatzsatzung für das gesamte Stadtgebiet gelten soll oder eine differenzierte Herangehensweise favorisiert wird.

Hr. Schlömer erklärt im Namen seiner Fraktion, dass eine Abstimmung nicht zwingend notwendig ist. Er erläutert, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Reduzierung der Stellplätze durch seine Fraktion abgelehnt wird, weil eine Verringerung zu einer Verschärfung der heutigen Situation führe. Stattdessen sollten zunächst Konzepte entwickelt werden, die bei der Reduzierung der Stellplatznachfrage helfen. Seine Fraktion lehnt keine Ausweisung von Stellplätzen bei Neubauten ebenfalls ab.

Hr. Hahn weist darauf hin, dass die formale Zuständigkeit beim Bauausschuss liegt. Er erklärt, dass er den Ausführungen von Hr. Schlömer folgen kann, bewertet die Ausführungen von Hr. Bartel zum Mobilitätskonzept für den innerstädtischen Bereich ebenfalls positiv. Er verweist darauf, dass die vorgelegte Satzung Steuerungsmöglichkeiten durch Öffnungs-klauseln bietet, aber auch Bebauungspläne Möglichkeiten in diesem Bereich böten. Hr. Hahn erklärt abschließend, dass seine Fraktion bis zur nächsten Bauausschusssitzung sich abstimmen wird.

Hr. Küsgen schließt sich seinen Vorrednern an, dass heute kein Beschluss zur Satzung gefasst werden muss. Er erklärt, dass seine Fraktion derzeit einer Verringerung von Stellplätzen nicht zustimmen wird. Aus seiner Sicht werden die geplanten Verbesserungen des ÖPNV und der RB 25 erst in zehn Jahren greifen und deshalb ist eine vernünftige Stellplatzsatzung notwendig.

Hr. Bartel verweist darauf, dass es verschiedene Stellplatzsatzungen von Städten mit einer vergleichbaren Größe gibt, die als Beispiel dienen können. Er ergänzt, dass die Stellplatz-satzung letztendlich nur auf Neubauten anzuwenden ist und zu hohe Stellplatzvorgaben für eine Nachverdichtung im Innenstadtbereich hohe Hürden schaffe.

Fr. Ausschussvorsitzende Keller-Bartel stellt zum Abschluss der Diskussion fest, dass der Tagesordnungspunkt zur Stellplatzsatzung zurückgestellt wird.

**A 7. Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Pflicht zur Herstellung notwendiger Stellplätze
XVI/534**

Fr. Ausschussvorsitzende Keller-Bartel stellt bezugnehmend auf die Diskussion zu Tagesordnungspunkt A6 fest, dass der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Pflicht zur Herstellung notwendiger Stellplätze ebenfalls zurückgestellt wird.

**A 8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Weniger Versiegelung ist geboten
XVI/593**

Hr. Renneberg erläutert den Antrag und führt aus, dass er aus Begegnungen mit Familien in Steinenbrück und Untereschbach den materiellen und seelischen Schaden durch das Hochwasser persönlich mitbekommen konnte.

Aus seiner Sicht wurde im Rat und den Ausschüssen viel über das Hochwasser mit

seinen Ursachen und Auswirkungen sowie dem Sanierungsbedarf gesprochen, aber wenig wie Overath klimaresilienter werden und sich dadurch zukunftsfest aufstellen kann.

Aus Sicht seiner Fraktion ist es in dieser „Zeitenwende“-Phase wichtig, innezuhalten, eine „Pause“ – Taste zu drücken, um damit einen zeitweiligen Stopp zu bewirken. Damit soll überprüft werden, ob die eingeschlagenen Wege und angedachten Projekte in dieser Form überhaupt realisiert werden sollen. Ziel ist es, dass die Stadt weniger versiegelt und resilienter wird und sich der Rat und die Verwaltung darüber intensiv austauschen.

Hr. Schlömer erklärt für seine Fraktion, dass in Teilen dem Antrag zugestimmt werden kann, aber dem Planungsstopp in Punkt 1 und Punkt 2a) und 2b) nicht zugestimmt wird.

Hr. Hahn stellt für seine Fraktion ebenfalls fest, dass einem Planungsstopp ebenfalls nicht zugestimmt werden kann, weil tatsächliche Planungen ggf. schon weit vorgeschritten sind und juristische Fragen aufwerfen könnten. Die Grundidee des Antrages sollte allerdings in der Bauleitplanung und in der FNP-Planung stärker diskutiert werden, weil hier eine Grundsatzbetrachtung möglich ist. Er schlägt vor, dass die Verwaltung prüft, welche personellen und finanziellen Ressourcen für das Beratungsangebot zu Punkt 3 notwendig sind.

Hr. Renneberg geht auf den Punkt 2b) des Antrages detailliert ein und leitet daraus Gründe für einen Stopp der Versiegelung ab.

Hr. Steinwartz erklärt bzgl. des Beratungsangebots, dass eine personelle Hinterlegung geprüft werden muss. Er erklärt, dass im Planungsbereich die Prozesse anders ablaufen müssen und neue Aspekte miteinbezogen werden sollten. Aus seiner Sicht ist das Planungsamt in diesem Bereich gut aufgestellt.

Er informiert darüber, dass im Zusammenhang mit dem geplanten verbandsweiten Retentionsflächenkonzept des Aggerverbandes erste Gespräche zu möglichen, teilweise im Privatbesitz befindlichen Flächen im Bereich Unterauel und Mittel- und Obersteeg stattgefunden haben. Der Aggerverband wird hier vertiefte Prüfungen vornehmen.

Hr. Steinwartz erklärt, dass es für den Bereich Rappenhohn, Im Hagen einen in Aufstellung befindlichen B-Plan gibt. Im Auftrag des letzten Bau- und Planungsausschuss wird derzeit ein ergänzendes Verfahren zur Heilung der Festsetzungen des B-Plans eingeleitet sowie eine weitere Alternative erarbeitet, die auch Festsetzungen wie Vorgaben zur Dach-begrünung oder dem Verbot bzw. der Reduzierung von Schottergärten beinhaltet. Er führt weiter aus, dass ein geologisches Gutachten festgestellt hat, dass Regenwasser in diesem Bereich versickern kann und damit die Kanalisation nicht zusätzlich belastet.

Abschließend führt Hr. Steinwartz aus, dass ein Planungsstopp für rechtskräftig abgeschlossene B-Pläne wie für die Baugebiete Frielinghausener Straße und Hohkeppeler Straße nicht umzusetzen ist, allenfalls könnten diese aufgehoben bzw. geändert werden.

Hr. Meiger erklärt, dass durch die Schaffung von Retentionsflächen die Wasserzufuhr z. B. in die Kanalisation verringert wird und hier ein wichtiger Ansatzpunkt liegt.

Fr. Ausschussvorsitzende Keller-Bartel erklärt, dass die dem Kreis vorliegenden Wasserabflussstudien einen eindeutigen Zusammenhang von Versiegelung und einer Veränderung und Beschleunigung der Wasserläufe an den Bergen mit schwerwiegenden Folgen dokumentieren.

Hr. Bartel führt aus, dass das Gerichtsurteil gegen die Stadt Overath bzgl. des Baugebietes Rappenhohn eine Pause-Taste war und dazu geführt hat, dass die Planungen überarbeitet wurden und eine weitere Diskussion in der Politik und Verwaltung angestoßen haben. Dies wäre auch für das Baugebiet Frielinghausener Straße geboten, um das Beschlossene zu hinterfragen. Er plädiert für ein Votum zu diesem Antrag.

Hr. Schlömer plädiert für eine separate Abstimmung in Anlehnung an die im Antrag aufgeführten Punkte.

Hr. Renneberg sieht aus inhaltlichen Gründen eine separate Abstimmung kritisch.

Hr. Hahn schlägt für Punkt 3 vor, dass die Verwaltung einen Prüfauftrag erhält, wie dieses Angebot umgesetzt werden kann unter Berücksichtigung der neu zu schaffenden Klimaschutzmanagerstelle.

Dem Vorschlag der SPD-Fraktion folgend, lässt Frau Keller-Barthel wie folgt abstimmen:

Der Ausschuss für Zukunft, Umwelt, Mobilität, und Tourismus empfiehlt dem Rat zunächst einen Stopp der aktuellen Planungen durchzuführen, um inne zu halten und die Pause-Taste zu drücken.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 10 Enthaltung: 0

Der Ausschuss für ZUMT empfiehlt dem Rat zweitens „Überprüfung und Umplanung der aktuellen Bauvorhaben“ im Sinne des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 9 Enthaltung: 0

Der Ausschuss für ZUMT empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, zu prüfen, inwieweit ein Beratungsangebot für weniger Versiegelung geschaffen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

A 10. Gemeinsamer Antrag: Gebäudebegrünung in Overath XVII/595

Hr. Schlömer unterstützt im Namen seiner Fraktion den Antrag mit der Anregung auch die Photovoltaik als ergänzendes Element des Konzeptes mit zu berücksichtigen und hierbei alle Stadtteile einzubeziehen.

Hr. Hahn begründet die Auswahl von Overath-Mitte als Untersuchungsgebiet mit der hohen thermischen Belastung des Stadtteils, die im Rahmen der Untersuchung und Konzeptentwicklung zunächst bearbeitet werden soll.

Hr. Meiger schlägt vor, dass in der Beschlussvorlage der Zusatz „zunächst“ aufgenommen wird, um den Pilotcharakter besser darzustellen.

Der Ausschuss für ZUMT empfiehlt dem Rat dem Antrag „Gebäudebegrünungen in Overath“ mit den Zusatz „zunächst für Overath-Zentrum“ zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

A 11. Berichte und Anregungen aus den Bürgerwerkstätten - Antrag BW Tourismus: Errichtung von Wohnmobilstellplätzen im Stadtgebiet Overath; Antrag BW Umwelt/Klimaschutz: Ausbau von PV-Anlagen XVI/606

Hr. Renneberg erläutert im Namen der Bürgerwerkstatt Tourismus den Antrag und beantragt die Prüfung, der im Antrag aufgeführten Inhalte auf Machbarkeit seitens der Verwaltung.

Fr. Mirgeler erläutert, dass im FNP-Verfahren dieses Thema aufgegriffen und konzeptionell bearbeitet werden könnte. Sie weist allerdings darauf hin, dass die personellen Ressourcen bei der Stadt hierfür nicht in einem ausreichenden Maße vorhanden sind.

Hr. Renneberg sieht dieses Knappheitsproblem, unterstreicht aber, dass im Antrag keine zeitlichen Vorgaben gesetzt werden und dies nicht ausschließlich von einer Stelle in der Verwaltung bearbeitet werden muss.

Fr. Ausschussvorsitzende Keller-Bartel lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

Hr. Schlömer erläutert im Namen der Bürgerwerkstatt Umwelt/Klimaschutz den Antrag und bittet die Verwaltung um Prüfung seitens der Verwaltung.

Hr. Küsgen begrüßt den Antrag und sieht dies als wichtigen Schritt, um die weiteren Aufgaben angehen zu können.

Hr. Deppe regt an, dass auch die sachkundigen Bürger einen vollständigen Zugang zum Ratsinformationssystem haben, um alle notwendigen Unterlagen für die Entscheidungsfindung zu bekommen.

Fr. Ausschussvorsitzende Keller-Bartel lässt über den Antrag, der auch eine rechtliche Prüfung der Maßnahmen beinhaltet, abstimmen. Nach erfolgter Prüfung wird das Ergebnis den zuständigen Ausschüssen vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

A 12. Anfragen, Mitteilungen

Hr. Renneberg bedankt sich bei Hr. Steinwartz für seine Bemühungen in der Frage möglicher Lärmmessungen in Großhurden im Rahmen des Lärmaktionsplans. Er regt an, dieses Thema nochmals anzugehen, weil sich die Rückmeldungen der Autobahn GmbH vorrangig auf Untereschbach bezogen haben.

Fr. Sandmann fragt an, ob Bürger verpflichtet sind, Änderungen der Versiegelungsfläche auf ihren Grundstücken bei der Stadt anzugeben.

Hr. Steinwartz stellt klar, dass dies in der Zuständigkeit der Stadtwerke liegt, weil es um die Entwässerung von Grundstücksflächen geht. Er erklärt, dass er sich zu den Erfassungs-modalitäten informieren wird und das Ergebnis dem Ausschuss mitteilt.

Anlage zur o.g. Anfrage von Fr. Sandmann:

„Die Pflicht zur Angabe der versiegelten Flächen ergibt sich aus der städtischen Entwässerungssatzung, dort § 11. In Absatz 6 wird auch auf die Anzeigepflicht bei Veränderungen eingegangen. Ein Auszug aus der Satzung ist als Anlage beigefügt.“

Hr. Deppe fragt nach den Gründen vermehrter Verkehrsunfälle in der Hohkeppeler-Straße in Heiligenhaus. Hr. Müller erklärt, dass ihm eine erhöhte Unfallhäufigkeit nicht bekannt ist. Er führt aus, dass er sich zu dieser Frage informieren wird.

Hr. Renneberg schildert aus Bürgerrückmeldungen aus Immekeppel, dass ein verbessertes ÖPNV-Angebot am Freitagabend und am Wochenende mit ein bis zwei zusätzlichen Fahrten gewünscht wird und fragt in diesem Zusammenhang an, welcher formale Weg einzuschlagen ist, um diese Idee voranzutreiben.

Hr. Steinwartz erklärt, dass der zuständige Aufgabenträger der Kreis ist. Um dieses Anliegen vorzutragen, gibt es die Möglichkeit, dass die Verwaltung beauftragt wird, sich mit dem Kreis hierzu abzustimmen oder direkt über die Kreispolitik das Anliegen über einen Prüfauftrag an die Kreisverwaltung voranzubringen.

Fr. Ausschussvorsitzende Keller-Bartel informiert sich zur derzeitigen Situation der Kleingärten an der Sülz. Hr. Steinwartz erläutert, dass es in diesem Bereich bauliche Anlagen gibt, die dort nicht zulässig sind. Diese stehen im Überschwemmungsgebiet der Sülz oder im Landschaftsschutz und sind damit nicht genehmigungsfähig. Er führt weiter aus, dass von städtischer Seite das Gespräch mit den Pächtern gesucht wurde und eine große Mehrzahl der Pächter eine Selbstverpflichtung unterzeichnet hat bis zu einem bestimmten Zeitpunkt diese baulichen Anlagen zu beseitigen.

Fr. Mirgeler informiert den Ausschuss darüber, dass der Auftaktworkshop zum Projekt „Mobilcharta 5“ am 16.9.2022 in der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg stattfindet. Eine Anmeldung ist über den Projektlink auf der städtischen Website möglich.

(Dagmar Keller-Bartel)
Vorsitzende/r

(Konrad Tuchanowski)
Schriftführer/in